



Kreisverband Osnabrück Land

Abs.: Jusos Osnabrück-Land, Andres Mendez, Am Ickerbach 17, 49191 Belm

An die

- Presse -

Geschäftsstelle: Jusos Osnabrück Land
Große Gildewart 11
49074 Osnabrück

05 41 / 27 8 33

Vorsitzender: Andres Mendez
Am Ickerbach 17
49191 Belm

05 4 06 / 81 86 40

01 77 / 656 74 18

andres.mendez@jusos-os-land.de

www.jusos-os-land.de

Belm, den 29. September 2008

Juso-Kreisvorsitzender Mendez empört über Entscheidungsprozess der Schulbeförderungssatzung des Landkreises – Eltern und Schüler werden von der Mehrheitsgruppe rücksichtslos übergangen

Der Juso-Kreisvorsitzende und Kreistagsabgeordnete Andres Mendez zeigte sich nach der letzten Sitzung des Kreistages empört. Grund war das unmögliche, rücksichtslose und von oben herab herrschaftliche Abstimmungsverhalten der Mehrheitsgruppe im Kreistag zur Schulbeförderungssatzung des Landkreises. Innerhalb von vier Wochen wurde eine mehrseitige, juristisch komplizierte Satzung zusammen gestellt. Der Kreiselternrat und der Bildungsausschuss des Landkreises wurden erst garnicht nach deren Meinung gefragt. „Es ist mir unverständlich, wie man den Kreiselternrat und den Bildungsausschuss so rücksichtslos übergehen kann. Das entspricht nicht meiner Vorstellung von Bürgernähe und Bürgerbeteiligung!“, kritisierte der Juso-Chef.

Von Seiten der Verwaltung und der Mehrheitsgruppe wurde angeführt, dass es juristisch dringend notwendig sei, sofort eine Satzung auf dem Weg zu bringen und nicht erst bis zur Dezembersitzung zu warten. „Das klingt nach blankem Hohn! Seit 1982 gibt es keine Satzung und jetzt muss innerhalb von vier Wochen, ohne Beteiligung von den Experten und Eltern diese Satzung durchgepauscht werden? Das glaubt keiner und kann auch keiner nachvollziehen!“, merkte Mendez an. „Gerade bei so einem sensiblen Thema müssten doch insbesondere die Eltern mit in den Prozess einbezogen werden. Mich wundert es nicht, wenn diese dann am Ende von der Politik enttäuscht sind. Es geht hier nicht um eine Lapalie, sondern um unsere Kinder und Jugendliche, deren tägliche und sichere Schulbeförderung gewährleistet werden muss.“

So steht unter anderem in der nun von der CDU, FDP, UWG-Mehrheitsgruppe verabschiedete Satzung, dass es zumutbar sei, dass Kinder mit 11 Jahren bis zu vier Stunden auf ihren Bus warten könnten. „Das ist für uns nicht hinnehmbar!“, so Mendez. Der Antrag der SPD, dass die Satzung erst in der Kreistagssitzung im Dezember verabschiedet werden sollte, um somit Zeit für ausführliche Beratung zu haben, wurde von der Mehrheitsgruppe abgelehnt.